

ABSOLUTE MEHRHEIT 2013.

DEIN WAHLPROGRAMM ZUR BUNDESTAGSWAHL.

*Beschlossen am außerordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg
am 23. März 2013*

Thesepapier der Jungen Union Baden-Württemberg für das Programm der CDU Deutschlands zur Bundestagswahl 2013

Präambel

Deutschland im Jahr 2013. Das Land steht so gut da wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Unter drei Millionen Arbeitslose, ordentliche Wachstumszahlen, stabile Beitragssätze in den Sozialversicherungen und eine stetig sinkende Neuverschuldung. Erfolge, die der Reformpolitik der letzten 10 Jahre geschuldet sind. Angefangen von der Agenda 2010 – die ohne die Union im Bundesrat nie eine Mehrheit gefunden hätte – gefolgt vom weitgehend ordnungspolitischen Innehalten der Regierungen Merkel seit dem Jahr 2005.

Doch die Welt, in der wir aufgewachsen sind, ändert sich rasant. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, verkrustete Sozialsysteme und hohe Staatsdefizite ist nach wie vor aktuell, doch die neuen Herausforderungen, die auf uns zukommen, stellen diese Probleme größtenteils in den Schatten.

Die Weltordnung in unserem Sinne war nach dem zweiten Weltkrieg lange stabil. (West-)Europa und Nordamerika waren die weltweit wirtschaftlich und politisch dominierenden Kräfte – verbunden durch dasselbe Werte- und Wirtschaftssystem, geschützt durch die NATO. Auch nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs setzte sich die positive Entwicklung im Sinne des Westens fort: Durch die Europäische Union, die NATO- und EU-Osterweiterung und die Einführung des EURO.

Doch schon zu Beginn der Neunzigerjahre mussten wir feststellen, dass wir nicht alleine auf der Welt sind. Die sogenannten Tiger-Staaten in Asien und der Boom in einigen Golf-Staaten waren nur der Anfang einer neuen Weltordnung. Länder wie China, Indien und Brasilien werden in absehbarer Zeit eine wichtigere Rolle spielen, wie einst die Staaten Nordamerikas und Europas über die letzten Jahrhunderte. Und deren Grundlage dafür sind über 2,5 Mrd. ehrgeizige, wohlstands- und rohstoffhungrige Menschen, die denselben Lebensstandard anstreben, den wir lange gewohnt sind. Genau dieser neue Wettbewerb stellt unser bisheriges Werte- und Wirtschaftssystem vor enorme Herausforderungen. Wie können wir im Sinne künftiger Generationen, bei einer älter werdenden Gesellschaft und einem immer geringer werdenden Anteil an der Weltbevölkerung, wirtschaftlich stark und somit politisch einflussreich bleiben, um unseren Wohlstand zu mehren und damit weiter unsere unveräußerlichen Werte wie Demokratie, Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Umweltbewusstsein weltweit zu legitimieren? Dies wird die entscheidende Frage für die Zukunft unseres Landes und unseres Kontinentes sein. Global betrachtet lässt sich diese Frage auch nur europäisch bzw. im Verbund mit unseren Freunden in Nordamerika lösen. Zusammen bringen diese Länder immerhin knapp eine Milliarde Menschen auf

die Waagschale, die dieselben Werte teilen, eine Marktwirtschaft mit sozialen Komponenten befürworten sowie menschenunwürdiges Wirtschaften wie Kinderarbeit zur Wohlstandsmehrung ablehnen.

Doch jeder Staat muss auch zunächst seine eigenen Hausaufgaben erledigen. Deutschland als die wirtschaftliche Lokomotive Europas muss daher eine Vorreiterrolle einnehmen und noch mehr aus sich herausholen. Denn es geht uns zwar gut in Deutschland. Aber es könnte uns eigentlich noch viel besser gehen.

Und genau diese Mentalität, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen, sondern nach mehr zu streben, ist dringend notwendig, um der aufstrebenden Konkurrenz aus Fernost und anderen Teilen der Welt die Stirn bieten zu können. Gerade die Skepsis bei der Anwendung neuer Technologien und bei der Realisierung große Infrastrukturprojekte, die ja vor allem künftigen Generationen zu Gute kommen sollen, zeigt, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Diese Herausforderungen gilt es anzupacken, im Sinne von wirtschaftlichem Wohlstand, aber vor allem auch im Sinne unserer unveräußerlichen Werte. Der Markt braucht sowohl die Demokratie, als auch die Demokratie einen funktionierenden Markt mit zufriedenen Menschen braucht.

Die folgenden Thesen zu verschiedenen politischen Themen sollen Wege aufzeigen, wie wir uns in Deutschland im Sinne künftiger Generationen noch besser aufstellen können, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

Inhaltsverzeichnis

Präambel	2
Inhaltsverzeichnis	4
1. Haushalt sanieren – Schulden abbauen – neue Spielräume schaffen.....	5
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben	7
3. Energiepolitik im Sinne des Standorts gestalten – Forschung intensivieren – die internationale Arbeitsteilung ökologisch organisieren.....	9
4. Wirtschaft, Arbeit, Technologie – Wachstumsbremsen vermeiden und abbauen – Mut zu Neuem wagen	12
5. Entlastung von Mittelschicht und Mittelstand.....	14
6. Den Sozialstaat auf die Bedürftigkeit ausrichten – Bei der Rente vorausschauend denken – das Gesundheitswesen effizienter gestalten.....	16
7. Infrastruktur für die nächsten Generationen schaffen	18
8. Netzpolitik innovationsfreundlich gestalten – Urheberrecht vereinfachen.....	22
9. Neuen Wohnraum schaffen – Miet- und Steuerrecht reformieren	25
10. Europas Stellung in der Welt stärken – Neue Wege in den transatlantischen Beziehungen wagen.....	27

1. Haushalt sanieren – Schulden abbauen – neue Spielräume schaffen

Die Finanzkrise in den südlichen Staaten Europas muss auch von uns zum Anlass genommen werden, unsere bisherige Ausgabenpolitik gründlich zu überdenken. Denn obwohl wir momentan gut dastehen, wächst auch unser Schuldenberg stündlich weiter. So beträgt der Stand der Staatsverschuldung Ende 2012 insgesamt 2114 Mrd. €. Das sind 26 Mrd. € mehr als noch im Jahr 2011. Und dabei sind die versteckten Staatsschulden in Form von fehlenden Rückstellungen für die Beamtenpensionen in den Ländern und im Bund noch nicht berücksichtigt. Die Hauptgründe für diesen Schuldenberg von über 2 Billionen Euro – neben der versteckten Schulden – liegen auf der Hand: Zum einen die enormen finanziellen Herausforderungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Zum anderen aber vor allem unsere Ausgabenmentalität. Seit über 40 Jahren wachsen unsere Staatsausgaben stärker als die Wirtschaft. Für jeden Euro an neuen Einnahmen sind bereits drei neue Euro an Ausgaben geplant. Diese Ausgabenpolitik hat unter Gerhard Schröder dazu geführt, dass lieber die Verschuldungsgrenzen der Maastrichter Verträge verletzt als Konsolidierungsschritte unternommen wurden. Dieses Vorgehen hat entscheidend zum Aufkommen der europäischen Schuldenkrise beigetragen, deren Folgen den deutschen Steuerzahler in Zukunft noch stärker belasten werden. Das kann und darf so nicht weitergehen. Wir müssen zum Grundsatz zurück, nur so viel auszugeben, wie wir auch einnehmen. Die verabschiedete Schuldenbremse im Grundgesetz ist hierbei ein erster Schritt zu mehr nachhaltiger Finanzpolitik. Doch es sind weitere Maßnahmen erforderlich.

- Wir fordern einen ausgeglichenen Haushalt. Auch wenn das Defizit in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist, muss nun endlich der mutige Schritt zu einer Netto-Nullverschuldung getan werden. Die weitere Defizitreduzierung muss durch eine schonungslose Ausgabenkritik erfolgen. Insbesondere darf der Bundes- bzw. Landeshaushalt nicht dadurch saniert werden, dass Aufgaben auf die Kommunen übertragen und finanziell dann von diesen getragen werden müssen.
- Wer sparen und sanieren will, muss sich zuerst an der Realität des Haushalts orientieren. 126 Mrd. € – über ein Drittel aller Ausgaben – fließen nach wie vor in den Bereich Arbeit und Soziales – und das trotz sinkender Arbeitslosenzahlen. Daher fordern wir, alle Ausgaben und Steuervergünstigungen auf den Prüfstand zu stellen und künftig insbesondere im Bereich Arbeit und Soziales noch stärker nach dem Grundsatz der „wirklichen Bedürftigkeit“ zu verteilen. Dabei ist insgesamt eine merkliche Ausgabenreduzierung anzustreben.
- Bayern hat es vorgemacht, Deutschland muss nun nachziehen: Wir wollen einen Tilgungsplan für die Altschulden in Höhe von über 2 Billionen Euro, damit Deutschland spätestens im Jahr 2055 schuldenfrei ist. Dies sind wir unseren Kindern und Enkeln mehr als schuldig.

- Kürzen und Sparen war angesichts vieler Notwendigkeiten und Wünsche der Bevölkerung noch nie populär. Doch man muss den Menschen auch die langfristigen Chancen nahe bringen, die ein kontinuierlicher Schuldenabbau mit sich bringt. Allein die Zinsausgaben der Bundesebene für das Jahr 2012 betragen über 32 Mrd. €. Dass dieses Geld eigentlich in ihre Entlastung sowie gewünschte Investitionen fließen könnte, muss den Bürgern noch stärker als bisher vermittelt werden. Somit steigern wir auch langfristig die Akzeptanz für notwendige Spar- und Sanierungsmaßnahmen. Neben den Bundesschulden sind auch die Schulden der einzelnen Bundesländer ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtschulden der Bundesrepublik Deutschland. Als übergeordnete Instanz sollte es für den Bund die Pflicht sein zu überwachen, ob die einzelnen Bundesländer einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können.
- Auch in der Politik selbst gilt es Sparsam zu Haushalten. Notfalls gilt es die Zahl der Wahlkreise um mindestens 50 auf unter 249 verringern um einen Bundestag nicht deutlich über 598 Mandatsträger zu erhalten.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Daher alarmiert uns eine Geburtenrate von 1,4 Nachkommen pro Frau. Obwohl wir 200 Milliarden Euro pro Jahr in die Familienpolitik investieren und damit Spitzenreiter in Europa sind, stagniert die Geburtenrate weiterhin. Daraus schließen wir zum einen, dass bei der Verteilung der Mittel ein Verbesserungspotenzial besteht, ohne dass zwingend mehr Mittel in die Hand genommen werden müssen.

Zum anderen lässt sich daraus ableiten, dass sinkende Geburtenraten nicht alleine auf die finanzielle Belastung zurückzuführen sind, die mit Kindern einhergeht. Es gibt uns zu denken, wenn Väter und Mütter im Vergleich zu kinderlosen Frauen und Männern bei der Wohnungs- und Jobsuche diskriminiert werden.

Angesichts der demographischen Entwicklung und eines bereits heute spürbaren Fachkräftemangels wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem immer wichtigeren Standortfaktor für Kommunen. Die Zahl der Betreuungseinrichtungen und Ganztageschulen ist in den letzten zehn Jahren auch stark angestiegen und trägt zu einer größeren beruflichen Flexibilität von Familien und Alleinerziehenden bei. Trotzdem sind auch hier noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Vor allem der Glaube, der Staat könne das Betreuungsthema alleine regeln, stößt zunehmend an seine Grenzen. Darüber hinaus erkennt die Junge Union die Erziehungsleistung von Eltern, die ihre Kinder zuhause und in eigener Verantwortung erziehen. Diese Erziehungsleistung ist aus unserer Sicht gleichwertig zu der durch staatliche Einrichtungen. Die Junge Union spricht sich daher neben der strikten gesellschaftlichen Anerkennung dieser Leistungen auch dafür aus, diese so zu fördern, dass Eltern, die diesen Weg wählen, keine finanziellen Nachteile entstehen, namentlich durch das Betreuungsgeld. Auch die Privatwirtschaft muss ihren Teil zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Andererseits trägt größere Flexibilität von Seiten der Wirtschaft auch zu einem familien- und kinderfreundlicheren Klima bei, was sich langfristig positiv auf die demographische Entwicklung auswirken wird.

- Dort wo es machbar ist, fordern wir die Tarifpartner dazu auf, für eine Einführung sogenannter Zeitkonten oder Flexzeitmodelle zu sorgen, um Arbeitnehmern eine generell größere Flexibilität zu ermöglichen.
- Der Ausbau von Telearbeitsplätzen im Zuge des sogenannten Home-Office muss gesetzlich und tariflich stärker ermöglicht werden als bisher. Gerade bei manchen Freiberufern oder Stellen in der Verwaltung ist dies für Eltern, die entscheiden, ihre Kinder zuhause zu betreuen, eine Möglichkeit, um beruflich am Ball zu bleiben.
- Unsere Vision ist eine Kinderbetreuung die auch in die Gewerbegebiete und Innenstädte geht. Wir fordern die Schaffung steuerlicher Anreize, um den Ausbau von betrieblichen Betreuungseinrichtungen stärker voranzutreiben. Des Weiteren sind die Betriebe dazu

angehalten, Eltern-Kind-Büros einzurichten, um bei unvorhergesehenen Zwischenfällen im Betreuungsangebot dem Elternteil zu ermöglichen, das Kind während der Arbeitszeit am Arbeitsplatz betreuen zu können. Kosten für Errichtung und Betrieb von betrieblichen Betreuungseinrichtungen sollen direkt von der Steuerlast abziehbar sein, statt von Bemessungsgrundlagen. Bei öffentlichen Ämtern und Einrichtungen sollte der Staat, wo noch nicht geschehen und es Sinn macht, weiter beispielhaft voran gehen.

- Wir fordern, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting auszubauen. Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe, insbesondere im Hinblick auf das Ehegattensplitting, lehnen wir strikt ab. Für uns gilt der Grundsatz, dass Ehe und Familie auch zukünftig besonders unterstützt werden und geschützt sein müssen.
- Gleichwohl muss die Entscheidung, ob ein Kind in einer Betreuungseinrichtung oder zu Hause erzogen werden soll, allein bei den Erziehungsberechtigten liegen. Väter und Mütter, die die Erziehung ihrer Kinder selbst übernehmen wollen, müssen finanziell unterstützt werden.

3. Energiepolitik im Sinne des Standorts gestalten – Forschung intensivieren – die internationale Arbeitsteilung ökologisch organisieren

Wir stehen zur konsequenten Durchführung der Energiewende. Dennoch muss verhindert werden, dass noch mehr energieintensive Branchen abwandern, die Bürger zu hoch belastet und Subventionen falsch gelenkt werden sowie das Netz – das der Schlüssel zur Energiewende ist – weiter zerstückelt wird. Außerdem müssen wir zügig Antworten für die Zeit nach dem Öl finden und nach Wegen suchen, wie wir die Globalisierung ökologisch organisieren können.

- Um dem Bereich der Energiepolitik in all seinen Facetten wie Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit ein größeres Gewicht zu verleihen, fordern wir nach der Wahl die Schaffung eines eigenen Energieministeriums, ähnlich dem EU-Energiekommissar.
- Um Investitionen in grundlastfähige konventionelle Kraftwerke zu fördern, fordern wir die Abschaffung des Einspeisevorrangs für Ökostrom ins Netz. Alle Energieformen sollen dieselben Einspeiserechte erhalten.
- Oftmals wird gesagt, die Globalisierung und der freie Welthandel seien der Grund für Rohstoffausbeutung, Klimawandel und Umweltzerstörung. Angesichts einer stark anwachsenden Weltbevölkerung, vor allem in neuen Industriestaaten wie China, Indien und Brasilien, müssen hierzu schnell intelligente Antworten gefunden werden. Die internationale Arbeitsteilung ist nicht das Problem. Wir müssen sie nur ökologisch organisieren und unsere Chancen in deren Gestaltung sehen. Deutschland muss Vorreiter bei Umwelttechnologien und alternativen Antriebssystemen werden. Deshalb müssen die Forschungsanstrengungen bei der Elektromobilität, dem Hybridantrieb, der Brennstoffzelle und der Power-to-Gas-Technologie, bei der überschüssige Energie zur synthetischen Produktion von Methan verwendet und dieses ins bestehende Erdgasnetz eingespeist wird, deutlich verstärkt werden. Durch den massiven weltweiten Zubau von Photovoltaik und Windenergie ist auch zum ersten Mal ohne Kernkraft die wettbewerbsfähige Produktion von Wasserstoff möglich sowie die Grundlage für die Power-to-Gas-Technologie geschaffen. Unsere Vision muss nämlich nicht nur sein, eine Million alternativ angetriebene Automobile auf den Markt zu bringen, sondern mittelfristig alle Verkehrsträger wie PKWs, LKWs, große Flugzeuge und Öltanker mit alternativen umweltfreundlichen Motoren auszustatten und somit der weltweite Vorreiter dieser neuen Exportgüter zu werden.
- Subventionen sind als Anschubfinanzierung durchaus sinnvoll. Irgendwann muss sich das Produkt aber von selbst tragen. Gerade im Bereich der Photovoltaik (PV) wurde lange über das Ziel hinausgeschossen. Daher fordern wir die weitere marktwirtschaftliche Anpassung

der Einspeisevergütung von PV-Anlagen und eine gezielte Umleitung der Gelder in Erforschung von Speichertechnologien.

- Power to Gas, Fusionsenergie oder Wellenkraftwerke sind neue, z. T. grundlastfähige, Technologien, deren Entwicklung aber noch in der Kinderschuhen steckt. Daher fordern wir eine massive Erhöhung der Mittel, um diese Zukunftstechnologien weiter zu erforschen. Ebenso muss die Effizienz der bisherigen alternativen Energieformen wie Photovoltaik, Wind, Wasser und Biomasse weiter gesteigert werden. Gerade bei der Photovoltaik muss es künftig mehr auf die Qualität als auf die Quantität ankommen.
- Die Liberalisierung des Strommarktes hat uns Vor- und Nachteile gebracht. Ein großer Nachteil ist mitunter die fortwährende Zerstückelung des Stromnetzes, was vor allem kurzfristigem Kirchturmdenken von Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben geschuldet ist. Gerade aber ein Gelingen der Energiewende erfordert effiziente zusammenhängende Netze in ganz Deutschland. Daher fordern wir, die gesetzlichen Grundlagen für die Bundesnetzagentur zu schaffen, um Kommunen und kommunale Eigenbetriebe zu einer stärkeren Kooperation mit den großen Netzgesellschaften zu bewegen.
- On- und Offshore, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Wasserkraft. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet stark voran. Doch nicht überall steht der eigentliche Sinn der erneuerbaren Energiegewinnung im Vordergrund. Wir fordern daher einen nationalen Aktionsplan der den Ausbau des Öko-Stroms bundesweit besser koordiniert. Erneuerbare Energien müssen vor allem dort realisiert werden, wo es wirtschaftlich am sinnvollsten ist, Synergien bzgl. des Netzanschlusses realisiert werden können und nicht ausschließlich die Höhe der Einspeisevergütung im Vordergrund steht.
- Eine nachhaltige Energieversorgung darf im Zweifel keinen Vorrang vor Natur- und Artenschutz haben (Beispiel beim Bau von Windrädern). Hier müssen andere Wege gesucht und gegangen werden, eine Energieversorgung ohne Beeinträchtigung der Umwelt zu gewährleisten.
- Um für erneuerbare Energien eine höhere Akzeptanz zu erzielen, fordern wir noch mehr finanzielle Beteiligungsmodelle für Bürger, Bürgerenergiegenossenschaften und Unternehmen, um diese noch stärker ins Boot zu bekommen.
- Im Zuge steigender Energiekosten wird immer öfter die Einführung sogenannter Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte gefordert. Die Schaffung einer neuen Sozialleistung wie dieser lehnen wir aber strikt ab.

- Um den Ausbau der Stromnetze voran zu treiben, fordern wir wie im Verkehrsbereich die zügige Schaffung eines Planungsbeschleunigungsgesetzes für die Energieinfrastruktur. Ebenso ist auch hier der sogenannte „Französische Weg“ zu prüfen, inwieweit z. B. der Bau von Hochspannungsleitungen via Gesetz erfolgen kann.
- Neben den Erneuerbaren Energien müssen wir alle lernen, sorgsamer mit der Ressource Energie umzugehen. Die energetische Sanierung des Wohnbestandes zur gezielten Steigerung der Energieeffizienz sollte daher ein neuer Schwerpunkt deutscher und europäischer Energiepolitik werden. Wir fordern eine gezielte Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen für Klein- und Großvermieter sowie für Immobilienunternehmen.
- Wir als Junge Union Baden-Württemberg fordern ein eigenes deutsches Kernfusionsprojekt, um auf diese Weise zukünftig eine emissionslose Energieversorgung zu ermöglichen. Die Kernfusion würde eine grundlastfähige Energieversorgung ohne Kohle- und Kernenergie ermöglichen. Um die Energiewende realisieren zu können sehen wir deshalb dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich.
- Mit Hinblick auf die Problematik, die sich aus dem Atommüll ergibt fordern wir ein deutsches oder europäisches Partitioning- und Transmutationsprojekt. Durch diese Technologien lässt sich die Intensität der Strahlung des abgebrannten Kernbrennstoffs senken und die Halbwertszeiten lassen sich auf 400-1000 Jahre reduzieren. Durch Konzepte wie den Myrrha-Testreaktor ist es außerdem möglich bei diesen Prozessen noch Energie zu gewinnen. Aus diesem Grund sollte die Forschung auf diesem Gebiet dringend unterstützt werden.

4. Wirtschaft, Arbeit, Technologie – Wachstumsbremsen vermeiden und abbauen – Mut zu Neuem wagen

Deutschland ist momentan die wirtschaftliche Lokomotive Europas. Damit das so bleibt, darf man sich aber nicht auf dem Erreichten ausruhen. Vor allem dürfen wir aus verteilungspolitischen Aspekten heraus künftig keine Entscheidungen mehr treffen, die Arbeitsplätze gefährden und Standortverlagerungen zur Folge haben. Auch die Bereitschaft, neue Technologien zur Anwendung kommen zu lassen, muss noch stärker zur Geltung kommen als bisher. Um uns für die Zukunft noch besser auszustellen, fordern wir einige konkrete Schritte ein.

- Wirtschaft und Arbeit sind zwei Faktoren die zwingend zusammen gehören. Daher fordern wir, die Arbeitsmarktpolitik, wie bereits in den Jahren 2002-2005, im Wirtschaftsministerium anzusiedeln und das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wieder ins Leben zu rufen. Es war ein schwerer Fehler, diese Bereiche im Jahr 2005 zu trennen. Koalitionstaktische Spiele, die einen sinnvollen Zuschnitt der Ministerien verhindern, lehnen wir daher strikt ab.
- Arbeitszeiten sind zuerst Sache der Tarifpartner. Um die Produktivität der deutschen Wirtschaft weiter zu steigern und die Lohnnebenkosten zu senken, halten wir eine 40-Stunden-Woche für Arbeitnehmer für angemessen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche in manchen Branchen hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht verbessert und zu steigenden Lohnnebenkosten bei sinkender Produktivität geführt.
- Das Mitspracherecht firmeninterner Betriebsräte, die am Wohl ihres Betriebes orientiert sind, begrüßen wir. Einen zu großen Einfluss externer Gewerkschaftsfunktionäre, denen es um die Durchsetzung ideologische Interessen geht, lehnen wir dagegen ab.
- Der Streik muss in den Tarifverhandlungen das letzte Mittel sein, um Forderungen der Gewerkschaft gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Die beherrschende Position einzelner Gewerkschaften als Vertreter kleiner Berufsgruppen in Schlüsselpositionen, wie die der GdF (Gewerkschaft der Flugsicherung) oder GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer), soll eingeschränkt werden. Weiterhin sollen die gesetzlichen Regelungen für Streiks präzisiert werden.
- Zur Sicherstellung der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit notwendigen Rohstoffen sind vor allem außenpolitische Maßnahmen erforderlich. Innenpolitisch muss das Thema Recycling noch stärker angegangen werden als bisher. Dies kann zu einer gewissen Entlastung bei einem steigenden weltweiten Rohstoffbedarf führen.
- Deutschland ist absolute Spitze bei der Grundlagenforschung. Wenn es aber darum geht neue Technologien anzuwenden, steht oft die Skepsis im Vordergrund. Die Liste der

Beispiele ist lang: Sei es der Transrapid, die grüne Gentechnik oder die Technik der CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS-Technologie) – viele Innovationen, die nie, oder wenn, dann nur im Ausland zur Anwendung kommen. Dieser Teufelskreis der Technikfeindlichkeit muss durchbrochen werden. Wir sprechen uns ganz klar dort, für die validierte grüne Gentechnik aus, wo es von der Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe her sinnvoll ist. Die Politik hat die gesetzlichen Grundlagen für die Anwendung in Deutschland zu schaffen.

5. Entlastung von Mittelschicht und Mittelstand

Steuersenkungen und Haushaltssanierung lassen sich auf den ersten Blick schwer miteinander vereinbaren. Trotzdem ist es wichtig, die hart arbeitenden Menschen an wirksamer Stelle effizient und schnell zu entlasten. Damit schaffen wir auch Prävention gegen Steuerflucht und Schwarzarbeit. Deutschland war immer ein Land, das stolz auf seine breite Mittelschicht und seinen Mittelstand sein konnte. Diese Mitte hat auch in all den Jahrzehnten für politische Stabilität im Lande gesorgt. Doch gerade beim Mittelstand sind in den letzten Jahrzehnten ungute Entwicklungen eingetreten. So benötigt hierzulande ein mittelständisches Unternehmen 221 Stunden bürokratischen Aufwand, um seinen Abgabe- und Steuerverpflichtungen nachzukommen. Zwei Jahre zuvor waren es noch 200 Stunden; in der Schweiz sind es lediglich 63 Stunden. Im Länderindex des ZEW zur Frage der Attraktivität für Familienunternehmen belegen wir gerade noch den elften Platz. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenreten. Daher fordern wir nun einige konkrete Schritte zur nachhaltigen Entlastung unserer Mittelschicht und unseres Mittelstands ein.

- Die große Steuerreform des Jahres 2000 war im Kern richtig. Kernpunkte waren die Entlastung von Unternehmen und die Senkung der Steuersätze. Sie hatte nur einen Schönheitsfehler: Das sogenannte Ansetzen des Spitzensteuersatzes. Während dieser früher erst bei einem Brutto-Jahreseinkommen von 60.000,00 € griff, so setzt er heute bereits bei 52.000,00 € an. Dies trifft die mittleren Einkommen in voller Härte. Daher fordern wir, dass der Spitzensteuersatz künftig erst wieder bei Brutto-Jahreseinkommen ab 60.000,00 € greift.
- Damit notwendige Lohnzuwächse auch bei den Menschen ankommen und nicht sofort von der Steuer aufgeessen werden, fordern wir ein wirksames und spürbares Abschmelzen der sogenannten „Kalten Progression“.
- Die Erhebung der Erbschaftssteuer ist absolut nicht mehr zu rechtfertigen. Alles was dort nochmals versteuert werden muss, wurde im Laufe des Lebens bereits mehrfach an den Staat abgeführt. Außerdem hat die Abschaffung der Erbschaftssteuer in unserem Nachbarland Österreich zu einem Zuzug mehrerer tausend deutscher Firmen geführt. Daher fordern wir die zügige Abschaffung der Erbschaftssteuer.
- Die große Steuerreform der Marke Friedrich Merz darf trotz Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verloren werden. Wir stehen zum sogenannten „dreistufigen Bierdeckel-Steuermodell“ mit den Steuersätzen 36 %, 24 % und 12 % und maximal einem Dutzend Ausnahmen. Die Umsetzung muss erfolgen, sobald diese finanzierbar ist.
- Steuererhöhungen aller Art und die Einführung neuer Steuern wie z. B. der Vermögenssteuer lehnen wir strikt ab. Auch nach der Wahl ist dieser Grundsatz für uns nicht verhandelbar.

- Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit im großen Stil müssen weiterhin bekämpft werden. Trotzdem kann dies nur eine Säule sein, dem Problem zu begegnen. Daher fordern wir zum einen die zügige Umsetzung des Steuerabkommens mit der Schweiz. Es ist auch zu prüfen, inwieweit solche Abkommen mit anderen Steueroasen sinnvoll sind. Zum zweiten muss bei den Themen Steuerflucht und Schwarzarbeit vor allem der Gedanke der Prävention in den Vordergrund rücken. Wer sich vom Staat nicht ungerecht behandelt fühlt, kommt auch nicht auf die Idee, ihn zu betrügen. Um die Steuermoral und das Staatsvertrauen zu stärken, sprechen wir uns wie oben beschrieben für eine sinnvolle und nachhaltige Entlastung von Steuerzahlern und Leistungsträgern aus. Die Haushaltskonsolidierung darf aber auch hier nicht aus dem Auge verloren werden.

6. Den Sozialstaat auf die Bedürftigkeit ausrichten – Bei der Rente vorausschauend denken – das Gesundheitswesen effizienter gestalten

Die Hartz-Gesetze und Reformen im Rentenbereich waren ein voller Erfolg. Es ist traurig, dass gerade die SPD als ihr Architekt sich langsam mehr und mehr davon verabschiedet. Alleine durch die Reformen bei der Rente, wie z.B. den Nachhaltigkeitsfaktor, die Rente mit 67 und die Förderung der privaten Komponenten, ist es gelungen, einen vor den Reformen prognostizierten Beitragssatz von 30 % im Jahr 2020 auf ca. 20 % zu deckeln. Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu Hartz IV sowie die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 12-18 Monate haben sich positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Um unsere Sozialsysteme angesichts einer älter werdenden Gesellschaft fit zu halten, sind jedoch weitere Schritte notwendig:

- Wir fordern bei allen Sozialleistungen die tatsächliche Bedürftigkeit in den Vordergrund zu stellen. Außerdem wäre eine regelmäßige Kontrolle der Leistungen angebracht, um zu überprüfen, ob diese noch zeitgemäß sind und den gesellschaftlichen Realitäten entsprechen.
- Wer arbeitet muss mehr haben als der, der nicht arbeitet. Die Politik muss durch entsprechende Maßnahmen sicherstellen, dass der Grundsatz des sogenannten Abstandsgebots gewährleistet wird.
- Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode die Schaffung von den Tarifpartnern bestimmten verbindlichen Lohnuntergrenzen einzuleiten. Sollte dies mit dem Koalitionspartner nicht vereinbar sein, muss es zu einem wichtigen Thema im Wahlprogramm der CDU Deutschlands gemacht werden.
- Wir fordern die Grundlagen zu schaffen, um arbeitsfähige Empfänger von staatlichen Leistungen wie z. B. Hartz IV, stärker zu gemeinnützigen Aufgaben heranziehen zu können.
- Die Alterspyramide steht auf dem Kopf. Alle 10 Jahre wird die Gesellschaft ein Jahr älter und immer weniger Rentenbeitragszahler kommen auf immer mehr Rentenempfänger. Die Politik hat darauf in den letzten Jahren mit sinnvollen Reformen reagiert. Trotzdem ist es wichtig die demographische Entwicklung sehr genau im Auge zu behalten. Eine langfristige Erhöhung des Renteneintrittsalters bzw. eine weitere Anpassung der Beitragsjahre zur vollen Erlangung der Rentenansprüche ist daher regelmäßig zu prüfen.
- Um die Kosten für Medikamente und somit auch die Kassenbeiträge nachhaltig zu dämpfen, fordern wir grundsätzlich flexiblere und therapiegerechtere Verpackungs-

mengen von verschreibungspflichtigen Medikamenten. Somit könnten Patienten und Krankenkassen jährlich Milliarden einsparen.

- Wir fordern, den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen dahingehend zu überprüfen, welche Leistungen ggf. auch privat versichert werden können. Somit hätte der Versicherte eine größere Möglichkeit Beiträge für Leistungen zu sparen, welche er vielleicht nie in Anspruch nimmt.

7. Infrastruktur für die nächsten Generationen schaffen

Deutschland als Transitland ist auf eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Ob Straße, Schiene, Luftverkehr, Binnenschifffahrt, Radwege oder ÖPNV, wir brauchen den Ausbau aller Verkehrsträger, wenn wir die künftigen Anforderungen im Hinblick auf die prognostizierte Verkehrszunahme bewältigen wollen. Ein ideologisches Ausspielen der einzelnen Verkehrsträger gegeneinander lehnen wir strikt ab. Ein großes Problem heute ist der enorme Nachholbedarf in der Verkehrsinfrastruktur, für dessen Beseitigung die bisherigen finanziellen Mittel bei weitem nicht ausreichen. Die volkswirtschaftlichen Schäden alleine durch Staus belaufen sich mittlerweile auf über 150 Mrd. € im Jahr. Zudem sammelt sich vor allem in den alten Bundesländern eine immer größer werdende Anzahl von planfestgestellten Verkehrsprojekten an, die aufgrund von Geldmangel nicht finanziert werden können. Zur Stärkung des ländlichen Raumes müssen Umlandgemeinden um Großstädte herum zwingend in den öffentlichen Nahverkehr einbezogen werden, um somit auch einer Landflucht entgegen zu wirken und den ländlichen Raum weiterhin attraktiv zu halten.

Neben der Verkehrsinfrastruktur ist heute auch der Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen unverzichtbar, um optimale Standortbedingungen zu garantieren.

Als dies sind Herausforderungen, denen sich die größte Industrie- und Logistiknation Europas mit aller Entschlossenheit stellen muss. Daher fordern wir verschiedene Schritte ein:

a) Bessere Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur

- Zur unmittelbaren Beseitigung des Nachholbedarfs, fordern wir ein aus Privatisierungserlösen von Bundesbeteiligungen geschnürtes Sofortprogramm, um alle bereits heute planfestgestellten Verkehrsprojekte in den nächsten Jahren realisieren zu können. Die Höhe der finanziellen Aufwendungen hat sich an der Summe der Kosten der einzelnen Projekte zu orientieren, dürfte aber in einer Größenordnung von ca. 25 Mrd. € liegen.
- Zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung unserer Verkehrswege, fordern wir die zügige Einführung einer PKW-Vignette sowie die Schaffung einer Betreibergesellschaft nach Vorbild der österreichischen ASFINAG. Die Größenordnung für den Preis der Vignette soll zwischen 80,00 € und 100,00 € im Jahr liegen. Zu der Einführung der Vignette gehört eine besonders scharfe Kontrolle aller Autofahrer auf Einhaltung der Vignettenpflicht. Die erzielten Einnahmen müssen zweckgebunden für den Verkehrsträger Straße verwendet werden. Für Wenigfahrer und Touristen soll es zudem eine Monats-, Wochen- und Tagesvignette geben. Von Betreibern von Fernbuslinien muss zur Deckung ihrer eigenen Wegekosten ebenso eine Vignette erworben werden. Eine kilometerabhängige Maut lehnen wir strikt ab, da diese nur zu einem starken

Ausweichverkehr auf das nachgelagerte Straßennetz und zu einer enormen Belastung von Berufspendlern führen würde. Zudem gibt es massive datenschutzrechtliche Bedenken.

- PKW-Vignette und LKW-Maut zusammen würden den Verkehrsetat für den Bereich der Straße auf ca. 8 Mrd. € im Jahr erhöhen. Diese Summe würde gut ausreichen, mittelfristig alle gewünschten Straßenbauprojekte zu realisieren. Doch auch in die Schiene und die Wasserwege muss dringend mehr investiert werden. Daher fordern wir die freiwerdenden Haushaltsmittel im Bereich der Straße – nach Einführung der Vignette – 1:1 in Schienen und Wasserstraßenprojekte fließen zu lassen.
- Die meisten Straßenbauprojekte können über die Jahre i. d. R. durch die normalen Zuweisungen des Bundes finanziert werden. Allerdings gibt es auch eine Reihe von großen Einzelprojekten, für die der normale Topf bei weitem nicht ausreicht. Dazu zählen z. B. die Elbquerung westlich von Hamburg im Zuge der A20, der Alaufstieg der A8 in Baden-Württemberg oder der Münchner Südring im Zuge der A99. Für diese Projekte in der Größenordnung ab ca. 500 Mio. € muss deshalb eine andere Art der Finanzierung gefunden werden, sollten sich diese nicht über ÖPP bzw. PPP realisieren lassen. Daher fordern wir einen aus Privatisierungserlösen von Bundesbeteiligungen geschaffenen Sondertopf für Großprojekte.

b) Planungsrecht vereinfachen und beschleunigen

- Die Planung und Realisierung von Verkehrsprojekten in Deutschland dauert global betrachtet immer noch viel zu lange. Im Vergleich zu unserem Nachbarland Frankreich, wo z.B. der Bau von Straßen und Schienen via Gesetz erfolgt, was dazu führt, dass Projekte in teilweise einem Jahr in Bau gehen können, leiden wir bei uns nach wie vor unter zu langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Daher fordern wir eine gründliche Überprüfung, ob der französische Weg für Großprojekte auch hierzulande Schule machen kann.
- Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, das Anfang der neunziger Jahre für die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE)“ geschaffen wurde und zu deutlichen kürzeren Planungszeiten geführt hat, wird mittlerweile auch für einige größere Projekte im Westen angewendet. Wir fordern nun den nächsten Schritt zu tun und es für *alle* Verkehrsprojekte bundesweit anzuwenden.

c) Effiziente Kriterien für den Bundesverkehrswegeplan 2015

- 2015 wird ein neuer Bundesverkehrswegeplan verabschiedet. Der letzte von Rot-Grün verabschiedete BVWP aus dem Jahr 2003 enthält dringend korrekturbedürftige Inhalte.

So fordern wir die sogenannten „grünen Sternchen“, die für einen besonderen naturschutzrechtlichen Planungsauftrag stehen, ersatzlos aus dem nächsten Bedarfsplan zu streichen.

- Bei künftigen Verkehrsplanungen muss neben den örtlichen Effekten vor allem die große Netzfunktion im Vordergrund stehen. Projekte entlang von bestehenden und künftigen Hauptachsen müssen einen klaren Vorrang gegenüber Ortsumfahrungen und Nebenstrecken haben, ohne die grundsätzliche Notwendigkeit letzterer abzuerkennen. Denn steht erst mal die Hauptachse, geht es auch mit den Zubringern schneller voran.
- Der Ausbau von bestehenden Straßen und der Einsatz von intelligenten Verkehrsleitsystemen können Staus vermeiden. Diese Maßnahmen sind gerade in Ballungszentren absolut notwendig. Trotzdem kann eine wirksame und nachhaltige Verkehrsentlastung auf der Straße langfristig nur durch die Entzerrung des Verkehrsnetzes erfolgen, was auch den Neubau von zusätzlichen Autobahnen als Entlastungstrassen wieder notwendig erscheinen lässt. Daher fordern und befürworten wir den Neubau von Autobahnen und Schnellstraßen im gesamten Bundesgebiet, um Ballungszentren und große Transitachsen nachhaltig zu entlasten und ländliche Räume besser zu erschließen. Damit würde man die Schäden durch Staus nachhaltig minimieren, viele hochbelastete Transitachsen und Ballungszentren entlasten und gleiche Entwicklungschancen in vielen ländlichen Räumen dieser Republik herstellen.

d) Flughäfen und Flugverkehr wettbewerbsfähig halten

- Deutschland als globale Exportnation ist mehr als jedes andere Land auf die Wettbewerbsfähigkeit seiner Flughäfen und Fluggesellschaften angewiesen. Vor allem der Neubau von großen Drehkreuzen im Nahen Osten sowie die deutlich liberaleren Nachtflugregeln in anderen Ländern, machen den deutschen Flughäfen und Airlines zunehmend zu schaffen. Daher fordern wir die Schaffung wettbewerbsfähiger Nachtflugregeln für die deutschen Flughäfen, bei Bedarf deren Ausbau durch neue Terminals, Start- und Landebahnen sowie die Sicherstellung ihrer Verkehrsanbindung durch Straße, Schiene und ÖPNV. Außerdem fordern wir die sofortige Abschaffung der vor kurzem eingeführten Luftverkehrsabgabe.

e) In die Zukunft des Bahnverkehrs investieren

- Die Förderung und Fortentwicklung der Bahninfrastruktur muss eine Kernaufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sein. Wer die schnelle und bequeme Beförderung von Personen und von Gütern in umweltfreundlicher Weise ermöglichen möchte, muss gerade im Bereich der Eisenbahn an technologischen und baulichen Fortentwicklungen

interessiert sein. Dazu gehört eine zügige Umsetzung der Pläne zum Ausbau der Rheintalbahn und der weiteren Schienenprojekte des Bundesverkehrswegeplans im Land. Trotz der aus unserer Sicht nicht akzeptablen Fehleinschätzungen und Fehlinformationen der Deutschen Bahn AG hinsichtlich der Kosten des Projekts Stuttgart 21 sind wir davon überzeugt, dass der Bahnverkehr eine derart große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und den Klimaschutz hat, dass wir Großprojekte in diesem Bereich brauchen. Wer sich wie die Grünen den Klimaschutz auf die eigenen Fahnen schreibt, aber bei Investitionen in diesen klimafreundlichen Verkehrsbereich auf die Barrikaden geht, verhält sich widersprüchlich und scheinheilig. Finanzierung und Nutzung des Schienenverkehrs müssen dadurch gestärkt werden, dass für den gesamten öffentlichen Verkehr Qualitätsgrundsätze und Fahrgastrechte verbindlich gelten.

f) Flächendeckende Breitbanderschließung und Mobilfunkabdeckung

- In den 90er Jahren wurde die Telekom im Zuge der Privatisierung dazu verpflichtet, unabhängig von der Wirtschaftlichkeit für ein flächendeckendes Telefonnetz bei Erschließungen zu sorgen. Leider war das Thema Breitband damals noch nicht auf der Tagesordnung. Heute werden Breitbanderschließungen nur dort durchgeführt, wo es für die großen Telekommunikationsanbieter wirtschaftlich ist, was zwangsläufig Nachteile für ländliche Gegenden nach sich zieht. Um einen flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung zu ermöglichen, fordern wir daher eine Erweiterung des „Telekomgesetzes“ um das Thema Breitband. Dies soll durch einen Verkauf der restlichen Telekom-Anteile in Höhe von 15 % durch den Bund ermöglicht werden. Mit den Privatisierungserlösen soll nach unserem Willen u. a. das Sofortprogramm für die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von 25 Mrd. € finanziert werden.
- Um Abdeckungslücken in der Mobilfunkversorgung zu minimieren, fordern wir ein vereinfachtes Planungsrecht zur Aufstellung von Mobilfunkmasten. Vor allem die Behinderung von Rettungskräften durch eine mangelhafte Mobilfunkabdeckung gerade in ländlichen Räumen darf nicht länger hingenommen werden.
- Wir fordern die Abschaffung der Umweltzonen und der Feinstaubplakette. Da in den Städten bis zu 90 % des Feinstaubs aus dem urbanen und regionalen Hintergrund stammt und nicht von PKWs, macht die Feinstaubplakette keinen Sinn und benachteiligt in erster Linie ältere Dieselfahrzeuge.

8. Netzpolitik innovationsfreundlich gestalten – Urheberrecht vereinfachen

Netzpolitik ist auch Wirtschafts- und Innovationspolitik. Dies beginnt bei der Breitbanderschließung, die Voraussetzung für die Ansiedlung zahlreicher Unternehmen, aber auch von steigender Bedeutung für Privatpersonen ist, hört dort jedoch noch lange nicht auf. Auch weitere Regulierungen, denen das Internet unterworfen ist, können sich innovationshemmend auswirken. Dem muss die Union entgegenreten.

- Zur Verbesserung der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung mit Internetzugängen fordert die Junge Union die Bereitstellung kostenloser W-LAN-Hotspots in Städten und deren ÖPNV.
- In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Netzneutralität innovationsfördernd ausgewirkt hat, da sie dafür sorgte, dass etwa StartUps im Netzbereich keine großen finanziellen Hürden in den Weg gelegt werden. Provider müssen daher verpflichtet werden, grundsätzlich alle Daten gleich zu behandeln. Einschränkungen der Netzneutralität dürfen nur erlaubt sein, um besonders zeitkritische Nutzungsarten wie IP-Telefonie und Livestreaming bei Engpässen zu bevorzugen und auch dies nur, sofern dies nur über die Kopfdaten von Datenpaketen – d. h. ohne die sogenannte Deep Packet Inspection – möglich ist. Dabei müssen die Internet Service Provider deutlich machen, welche Geschwindigkeiten sie für welche Daten anbieten. Auch für nicht-privilegierte Daten müssen Breitbandgeschwindigkeiten gelten.
- Innovationsförderung bedeutet auch, keine Schutzwälle um überkommene Geschäftsmodelle aufzuziehen. Die Junge Union lehnt daher das geplante Leistungsschutzrecht für Verlage ab.
- Auch das Urheberrecht muss den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Dabei ist insbesondere auf eine Rechtsvereinfachung zu achten: Heute sind – oft unbewusste – Verstöße gegen das Urheberrecht an der Tagesordnung. Eine Reform muss so verständlich sein, dass jedem klar gemacht werden kann, was erlaubt ist und was nicht. Zu einer solchen Vereinfachung gehört auch das Fair-Use-Prinzip, welches bestimmte Nutzungsarten erlaubt und dabei flexibler ist als bisherige Urheberrechtsschranken.
- Die Bedeutung des Internets für alle Lebensbereiche hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Ein Entzug des Netzzugangs, wie er beispielsweise im „Three-Strikes-Modell“ für Urheberrechtsverletzungen angedacht wurde, ist außerhalb des Strafvollzugs daher strikt abzulehnen.
- Eine Folge des komplizierten Urheberrechtes ist, dass heute Massenabmahnungen an der Tagesordnung sind. Deren Kosten stehen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Schaden.

Wir begrüßen das von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossene Gesetz gegen teure Abmahnungen zu Lasten von Verbrauchern. Das Abfassen von juristisch unkomplizierten Abmahnungstexten ist als Haupteinnahmequelle nicht mit dem freien Beruf des Rechtsanwalts vereinbar. Zur Verschärfung der Vorschrift schlagen wir eine weitere Absenkung der maximalen Gebühr für eine Erstabmahnung gegenüber einem Verbraucher auf 100 Euro vor.

- Wir fordern die Etablierung von offenem WLAN. Die so genannte "Störerhaftung", die derzeit den Betrieb offener W-LAN Netze oftmals verhindert, ist durch eine Ausweitung des Providerprivilegs auf die Anbieter von Netz-Zugangspunkten zu neutralisieren. Von Tel Aviv bis Tallinn: in vielen anderen Ländern sind freie W-LAN Zugänge längst Standard. Deutschland als Hochtechnologie-Land darf hier nicht ins Hintertreffen geraten.
- Die GEMA muss einer wirksamen Regulierung unterworfen werden, insbesondere was ihre Tarifgestaltung angeht. Die ursprünglich für den 01.01.2013 geplanten neuen Tarife sind immer noch nicht vom Tisch. Hier muss wenn nötig auch die Politik Einfluss nehmen, um sicherzustellen, dass die Verhandlungen zu einem für alle Seiten akzeptablen Ergebnis führen.
- Die GEMA-Strukturen sind heute auch für Künstler nicht mehr flexibel genug. Künstlern muss künftig für jedes einzelne Werk freigestellt sein, ob sie dafür den vollen urheberrechtlichen Schutz genießen und Tantiemen von der GEMA erhalten oder ob sie das Werk unter eine freie Lizenz stellen wollen; auch eine Mehrfachlizenzierung unter verschiedenen Lizenzen wie sie bei Bildern und Texten heute schon üblich ist, soll dort möglich gemacht werden, wo Künstler beispielsweise kommerziellen und privaten Abnehmern unterschiedliche Rechte und Konditionen einräumen wollen. Mittelfristig muss damit auch die sogenannte GEMA-Vermutung als fragwürdige Form der Beweislastumkehr auf den Prüfstand.
- Die Künstlersozialkasse ist kritisch zu prüfen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Unternehmen nur Abgaben zahlen müssen, wenn sie Aufträge an freischaffende Künstler vergeben, nicht aber bei Aufträgen an Gewerbetreibende.
- Um auch seltene Kulturgüter leicht verfügbar zu machen, ist die Digitalisierung von Büchern zur privaten oder wissenschaftlichen Nutzung voranzutreiben. Es ist daher anzustreben, dass langfristig alle Bücher, deren Urheberrechtsschutz abgelaufen ist, unbegrenzt verfügbar gemacht werden. Wo es sinnvoll ist, sind Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Anbietern anzustreben, um die Kosten für die öffentliche Hand zu begrenzen.

- Die Vergabe von staatlichen Forschungsmitteln soll verstärkt von der freien Zurverfügungstellung der Forschungsergebnisse abhängig gemacht werden.
- Der Datenschutz in Deutschland hat im Bereich der Privatwirtschaft ein hohes Niveau erreicht. In einzelnen Bereichen sehen wir jedoch noch Optimierungsbedarf. Im Bereich des Spams – nicht nur per E-Mail – muss konsequenter vorgegangen werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die grundsätzlich bereits vorhandenen Betroffenenrechte wie Auskunfts- oder Widerspruchsrechte einfach und effektiv durchgesetzt werden können. Dabei ist jedoch eine Überregulierung für Einzelpersonen oder Vereine, die den datenschutzrechtlichen Anforderungen für den Betrieb einer kleinen Website oft nicht mehr in vollem Umfang Genüge tun können, zu vermeiden.

9. Neuen Wohnraum schaffen – Miet- und Steuerrecht reformieren

Es gibt eine Reihe von Problemen, für deren Ursache die Politik nichts kann. Andere dagegen sind absolut hausgemacht bzw. bewusst verursacht. So zum Beispiel die Situation auf dem deutschen Wohnungs- und Immobilienmarkt. Schien das Thema Wohnungsnot Ende der neunziger Jahre faktisch gelöst, zählt es heute zu den drängendsten Problemen überhaupt. Mietwohnungen zu anständigen Preisen sind Mangelware und das nicht nur in großen Ballungszentren. Rot-Grün hat in den Jahren 1998-2005 auch alles Erdenkliche dafür getan, diese Entwicklung mit unsinnigen Gesetzen zu forcieren. Auch die CDU hat das Problem bis heute nicht korrigiert. Das muss sich umgehend ändern. Nur der Markt kann die Wohnungsnot nachhaltig lösen. Außerdem brauchen wir wirksame Regeln gegen sogenannte Mietnomaden. Unser Ziel muss es sein, vor allem die Mittelschicht und den Mittelstand wieder zu Investitionen in den Wohnungsmarkt zu animieren. Dies ist langfristig der bessere Weg, als einseitig auf staatliche Sozialwohnungen und große Immobilienkonzerne zu setzen.

Daher fordern wir:

- Eine Reform des Mietrechts, die Privatinvestitionen in den Wohnungsmarkt fördert und nicht behindert.
- Wohneinheiten werden heute in erster Linie von großen Immobiliengesellschaften geschaffen, die sich selten mit den Gegebenheiten der Städte- und Gemeinden vor Ort identifizieren. Dies zieht vielerorts auch negative Auswirkungen auf die städtebauliche Gestaltung mit sich. Um die Investitionsbereitschaft des Mittelstands und Privater zu erhöhen fordern wir eine steuerliche Privilegierung dieser Gruppen. Insbesondere über neue Abschreibungsmöglichkeiten (Staffelabschreibung etc.) können hier die richtigen Anreize gesetzt werden.
- Wir fordern eine striktere Gesetzgebung gegen sogenannte Mietnomaden. Schon viele Vermieter wurden aufgrund einer sich zu lange hinziehenden Rechtsprechung in den Ruin getrieben. Wer seine Miete nicht bezahlt, sollte umgehend und ohne langwierigen juristischen Zeitaufwand, jedoch unter Berücksichtigung der bisherigen Mietdauer, der Wohnung verwiesen werden können. Die Politik hat daher die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für beschleunigte Gerichtsverfahren zu schaffen.
- Auch die Abschaffung der Eigenheimzulage hat das Problem am Wohnungsmarkt verschärft. Und das obwohl die eigenen vier Wände nicht nur die beste Altersvorsorge, sondern auch das beste Mittel gegen Inflation und Wohnungsnot sind. Daher fordern wir freiwerdende Mittel im Haushalt – sei es durch Umschichtungen oder Steuermehereinnahmen – für eine neu zu schaffende Eigenheimzulage zu verwenden. Eine Erhöhung der Schulden hierfür lehnen wir jedoch ab.

- Sozialer Wohnungsbau kann mancherorts sinnvoll sein. Unser Grundsatz „Markt vor Staat“ muss aber auch hier gelten. Eine Wohnungsbaupolitik, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert wird, lehnen wir strikt ab. Der großflächige Neubau zusätzlicher staatlicher Sozialwohnungen soll nur in dringend notwendigen Fällen erfolgen. Daher sprechen wir uns dafür aus, in erster Linie bestehende Sozialwohnungen und deren Umfeld zu sanieren. Dies kann auch durch Ersatzbauten an Ort und Stelle geschehen und würde vor allem schlechtere Stadtviertel aufwerten sowie der sogenannten Verwahrlosung positiv entgegenwirken.
- Wir begrüßen das Engagement von kommunalen (Wohnungs-)Baugenossenschaften. Es ist zu prüfen inwieweit diese weiter gestärkt werden können.
- Studentischer Wohnraum muss bezahlbar sein. Wir sprechen uns dafür aus, den Bau von Studentenwohnheimen in Universitätsstädten stärker als bisher zu fördern. Dies würde zu positiven Effekten am Wohnungsmarkt führen. Außerdem soll der private Wohnungsmarkt durch ordnungspolitische Maßnahmen, beispielsweise im Bereich des Wohnungsbaus, gestärkt werden.
- Neubauten benötigen auch Fläche. Selbstverständlich gilt für die Junge Union, dass Innenentwicklung Vorrang vor Außenentwicklung hat. Die Neuausweisung von Bauland zum Zweck des privaten Wohnungsbaus muss weiterhin möglich sein. Wer das Angebot künstlich knapp hält, darf sich über hohe Mietpreise nicht wundern.

10. Europas Stellung in der Welt stärken – Neue Wege in den transatlantischen Beziehungen wagen

Die Europäische Integration ist trotz aller Schwierigkeiten ein Erfolgsmodell. Gerade wir Deutschen profitieren wirtschaftlich enorm von ihr. Doch Europa wird im weltweiten Wettbewerb nur bestehen, wenn wir unsere Außenpolitik fortentwickeln.

- Wir fordern die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone Europas mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko. Dieser gemeinsame Wirtschaftsraum, der dieselben geistigen Grundlagen und dieselben Werte teilt und knapp eine Milliarde gut ausgebildeter Menschen hat, soll helfen, uns gegen die aufkommende Konkurrenz aus Fernost besser zu wappnen.
- Wir lehnen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union strikt ab. Stattdessen fordern wir eine privilegierte Partnerschaft, die vor allem wirtschaftliche und militärische Aspekte in den Vordergrund stellt.
- Die Industrie in Europa ist auch weiterhin auf Rohstoffe aus der ganzen Welt angewiesen. Verschärfte internationale Konkurrenz um Rohstoffe stellt einzelne europäische Staaten vor sehr große Herausforderungen, deshalb ist gemeinsames Handeln erforderlich, um den Lebensstandard zu halten oder zu verbessern. Die europäische Außenpolitik hat durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass für die europäische Industrie auch künftig der kostengünstige weltweite Zugang zu Rohstoffen gewährleistet wird. Auch Kooperationen mit verbündeten demokratischen Staaten wie den USA, Kanada, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland sollten hier noch stärker zum Tragen kommen.
- Wir treten für eine stärkere europäische Säule innerhalb der NATO ein. Das nordatlantische Bündnis bleibt der Sicherheitsgarant für Deutschland und Europa. Es muss jedoch so weiterentwickelt werden, dass sowohl die Europäer als auch die Amerikaner weiterhin gerne füreinander eintreten und beide profitieren. Europa muss zielgerichtet mehr Geld für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausgeben und die vereinbarten Zielmarken erreichen. Eine NATO ohne faire Lastenteilung hat im Pazifischen Jahrhundert keine Zukunft. Wir fordern deshalb strategische Investitionen der Europäer in moderne Marinetchnologie, die weltweit für den Schutz unserer Handelswege dient; in bessere Lufttransportkapazitäten, die über weite Strecken schnell und flexibel einsetzbar sind; in Aufklärungstechnik wozu neben Satelliten auch Drohnen zählen, die auf dem Gefechtsfeld des 21. Jahrhunderts unverzichtbar sind. Für viele der europäischen Staaten bedeutet das, künftig nicht mehr alle Fähigkeiten vorzuhalten, sondern sich abseits des Heimatschutzes auf wenige Kernkompetenzen zu konzentrieren.

- Die Junge Union wendet sich klar und eindeutig gegen €-Bonds. Wir lehnen eine Nachträgliche Vergemeinschaftung von Schulden ab. Die junge Generation in Deutschland trägt mit den Schulden der Bundesrepublik und der demographischen Entwicklung ausreichend Lasten in der Zukunft.